

Maroder Radweg zwischen Tornesch und Prisdorf: Dürfen Radfahrer bald auf der Straße fahren?

Tornescher Umweltausschuss diskutiert Aufhebung der Benutzungspflicht für maroden Radweg entlang der Landesstraße 107



Zahlreiche Schlaglöcher kennzeichnen den Radweg entlang der L 107 zwischen Tornesch und Prisdorf. Johannes Lalla

Susi Große **TORNESCH/PRISDORF** Schon lange ist der Radweg entlang der Landesstraße 107 zwischen Tornesch und Prisdorf für viele Radfahrer ein großes Ärgernis. An zahlreichen Stellen haben Baumwurzeln den Asphalt aufgebrochen, sodass der Weg von Rissen, Erhebungen und Schlaglöchern gekennzeichnet ist – eine Gefahr besonders für jene Radler, die die Strecke als Schul- oder Arbeitsweg tagtäglich benutzen. Nun könnte sich ergeben, dass sie künftig auf die Straße ausweichen dürften. Während der Sitzung des Tornescher Umweltausschusses am Montagabend wurde die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht auf der Strecke diskutiert.

Im November hatten die Ausschussmitglieder auf Antrag der SPD die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens auf beiden Seiten der Esinger Straße befürwortet. Denn sie erfüllt im Gegensatz zu den anderen Straßen in Tornesch die dafür erforderliche Mindestbreite von 7 Metern. Die Politiker beauftragten die Verwaltung, die Kosten für die Herstellung zu ermitteln und zu klären, wer diese tragen würde. Denn da es sich um eine Landesstraße handelt, ist das Land für den Radweg auf der Seite stadtauswärts zuständig. Schon damals war klar: Kommt der Schutzstreifen, würde die Benutzungspflicht für den bestehenden Radweg aufgehoben werden. Aus Sicht des Kreises Pinneberg als Verkehrsbehörde stehe der Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht entlang der Esinger Straße nichts entgegen, erläuterte

Bauamtsleiter René Goetze. Doch dadurch würden sich mehrere Konsequenzen ergeben: Zum einen würde die Verkehrsbehörde dann auf Grund der hohen Verkehrszahlen in dem Bereich – 500 Kraftfahrzeuge pro Stunde wurden 2013 gezählt – einen Fahrradschutzstreifen anordnen.

Gute Nachrichten für Tornesch: Ordnet der Kreis den Schutzstreifen an, müsse nicht die Stadt die Kosten für diesen übernehmen, sondern der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV) als Straßenbaulastträger. „Bisher war unsere Annahme: Wenn wir den Schutzstreifen wollen, müssen wir auch dafür zahlen“, sagte Goetze. Die Kosten für den Schutzstreifen werden auf 48 200 Euro geschätzt.

Radweg wird zum Gehweg Doch was passiert mit dem bestehenden Radweg, wenn der Schutzstreifen eingerichtet wird? „Nach Aussage des Landes würde er dann zum Gehweg werden“, berichtete der Bauamtsleiter. Ob damit die Stadt für dessen Unterhaltung zuständig wäre, konnte noch nicht abschließend geklärt werden. Bisher habe es in Schleswig-Holstein jedoch keinen Fall gegeben, in dem der LBV die Unterhaltungspflicht auf die Kommune übertragen hat.

Desweiteren würde mit der Einrichtung des Schutzstreifens einhergehen, dass Radfahrer dazu verpflichtet wären, diesen zu benutzen – das gilt auch für Kinder, die das zehnte Lebensjahr vollendet haben. Das wäre nicht im Sinne der Ausschussmitglieder. Denn sie hatten ursprünglich dafür plädiert, dass der Schutzstreifen nur von den Radfahrern benutzt werden soll, die sich sicher genug fühlen, neben den Autos auf der Straße zu fahren. Für alle anderen Radler sollte der dann entstehende Gehweg zur Mitbenutzung freigegeben werden. Doch das ist nicht möglich, wie das Gespräch mit dem Kreis ergeben hat. „Das eine schließt das andere aus“, erklärte Goetze. Und noch eine dritte Konsequenz würde der Radschutzstreifen mit sich bringen: So dürfte an der Esinger Straße fortan nicht mehr geparkt werden. „Wir haben zwar massive Verkehrsprobleme in Tornesch, weshalb wir jetzt den Radverkehr stärken wollen. Aber so zu tun, als ob wir keine Autos mehr haben, bringt uns auch nicht weiter“, sagte Torben Jochens (CDU). Sabine Werner (FDP) gab zu bedenken, dass an der Esinger Straße viele ältere Bürger wohnen, deren Grundstücke keine Auffahrt haben. „Wenn die ihre Autos nicht mehr auf der Straße abstellen dürfen, ist das ein Problem“, sagte Werner.

Schon lange ist der marode Radweg an der Landesstraße Radlern ein Dorn im Auge: Im vergangenen November machten etwa 50 Demonstranten mit einem Fahrrad-Zug auf dessen schlechten Zustand aufmerksam (wir berichteten). Bei einer Online-Umfrage des Kreises Pinneberg zu den Radwegen im Kreisgebiet gehörte jener an der L 107 zu den drei Strecken, die am schlechtesten abschnitten. Für eine Sanierung des Radwegs wäre das Land zuständig. Doch wie unsere Zeitung ebenfalls bereits berichtet hat, ist er in dessen Erhaltungsprogramm bis zum Jahr 2022 nicht vorgesehen. Den Radweg in Stand zu setzen, ist laut Aussage des Landesbetriebs nur in Verbindung mit einer Fahrbahnsanierung möglich, weil dafür eine Vollsperrung der Landesstraße erforderlich ist. Doch die L 107 steht im Vergleich mit anderen Radwegen in Schleswig-Holstein derzeit nicht auf der Prioritätenliste des LBV.

Die Entscheidung über die Einrichtung des Schutzstreifens wurde schließlich auf die nächste Sitzung des Umweltausschusses am 18. Mai geschoben. In dieser wollen die Ausschussmitglieder einen sachkundigen Vertreter des Kreises Pinneberg anhören.